

ZUR INDUSTRIESTRUKTUR DER EHEMALIGEN DDR UND DEN DAMIT VERBUNDENEN PROBLEMEN BEIM ÜBERGANG IN DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Henry Hasenpflug, Hartmut Kowalke
Institut für Geographie
Pädagogische Hochschule Dresden

Gliederung:

Entwicklung der Industriestruktur
Potential und Verteilungsmuster der Industrie
Strukturelle Probleme beim Übergang in die soziale Marktwirtschaft

Trotz ihrer geringen Flächengröße (108 T km²) und der kleinen Bevölkerungszahl von 16,5 Millionen Einwohnern (1989) wurde die DDR im vergangenen Jahrzehnt durchweg in die Gruppe der zehn größten Industriestaaten der Welt eingeordnet. War ihr Anteil am Welthandel auch gering (um 1 %), so war sie doch der größte Handelspartner der Sowjetunion. Im Gegensatz zu den EG- bzw. EFTA-Staaten, aber analog zu den anderen europäischen RGW-Staaten erwirtschaftete der Industriesektor den dominanten Anteil am Bruttosozialprodukt (über 50 %) und verfügte auch über den höchsten Beschäftigtenanteil (über 50 %), gefolgt von Dienstleistungs- und Agrarsektor.

Die heutige Regionalstruktur der fünf neuen Bundesländer (einschließlich Ostberlin) im Osten Deutschlands ist das Ergebnis eines jahrhundertelangen Prozesses. Die nachhaltigste Profilierung dieser Struktur erfolgte seit der Industrialisierungsphase und markante Prägungen stammen insbesondere aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, wo die fünf Länder, einschließlich Ostberlin, sich zu einer selbständigen Wirtschaftseinheit nach sowjetischem Vorbild profilierten, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Auf Grund der differenzierten naturräumlichen Ausstattung, der unterschiedlichen historischen Entwicklung sowie unter dem Einfluß vielfältigster Entwicklungsimpulse zwischen Ostsee und Erzgebirge bzw. zwischen dem Harz und der Oder-Neiße-Grenze entstand so ein Mosaik von vielfältigen Kulturlandschaften. Die Spannweite reicht dabei von hochagglomerierten bis zu nichtverdichteten Räumen, von der Industrie- bis zur Agrarlandschaft und umfaßt vielfältige Erholungslandschaften. Dabei ist bei einer Vielzahl raumstruktureller Erscheinungen ein deutliches Süd-Nord-Gefälle in der Konzentration erkennbar.

Entwicklung der Industriestruktur

Die wirtschaftliche Entwicklung und damit der Beginn der Differenzierung der Regionalstruktur setzte bereits im 13. Jahrhundert in den Vorländern sowie in den unteren und mittleren Lagen der Mittelgebirge (Harz, Thüringer Wald, Erzgebirge) ein. Basis dafür war der Abbau und die Verarbeitung von Erzen. Damit verbunden war eine Ansiedlung von Bevölkerung (Beginn der Konzentration) und der Ausbau von Verkehrsstrassen. Begleitet wurde die Bergbautätigkeit durch eine Entwicklung bedienender Gewerbe (Textilproduktion, Holzverarbeitendes Gewerbe u. a.). Ein weiteres bedeutendes Ergebnis dieser Epoche stellte die Gründung und Entwicklung der Städte dar (vor allem entlang der Handelsstraßen im Vorland der Mittelgebirge sowie der Residenz- und Hafenstädte).

Der für die Ausprägung der Regionalstruktur entscheidendste Zeitraum begann mit der industriellen Revolution und damit dem Übergang zur maschinellen Großproduktion. Bedingt durch das differenzierte Wirken und das zeitlich unterschiedliche Einsetzen dieses Prozesses auf dem Territorium der fünf Länder der ehemaligen DDR wurde der Konzentrationsprozeß in bestimmten Gebieten (z. B. vorhandene Schwerpunkte der gewerblichen Tätigkeit, Standorte des Kohleabbaus, politisch-administrative Zentren, Eisenbahnknotenpunkte, Flußübergänge) initiiert bzw. verstärkt.

Die territoriale Konzentration (vor allem der Produktion) ist das Ergebnis der zunehmenden gesellschaftlichen und damit territorialen Arbeitsteilung und der Entwicklung der Produktivkräfte. Diese allgemein als Verdichtung charakterisierte Standorterscheinung entwickelte sich zu Raumstrukturen, die das gesamtwirtschaftliche Geschehen wesentlich beeinflussten. Ihre Genese in Deutschland stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem nach 1870 unter Einfluß des Nationalstaates verstärkt einsetzenden Industrialisierungsprozesses. Diese Entwicklung brachte die Umwandlung Deutschlands von einem Agrar- in einen Industriestaat.

Mit der Entstehung von Verdichtungsgebieten einerseits und dem Zurückbleiben von vor allem agrarisch strukturierten Räumen andererseits erreichte die Polarisierung einen Höhepunkt, das heißt die in vor- und frühindustrieller Entwicklung entstandene ungleichmäßige Standortverteilung wurde nicht nur nicht beseitigt, sondern auf höherer Ebene reproduziert.

In der wirtschaftlichen Struktur wurden alle Agglomerationen von der Industrie beherrscht, dabei waren jedoch die einzelnen Branchen unterschiedlich beteiligt.

Basierend auf der Industriestruktur konnten auf dem Territorium Ostdeutschlands bis zum zweiten Weltkrieg zwei qualitativ abgestufte Verdichtungskategorien unterschieden werden:

- weitgehend von der Metallverarbeitung, der chemischen Industrie, dem Braunkohlebergbau und der Elektroenergieerzeugung beherrschte Ballungsgebiete (Chemnitz-Zwickau, Halle-Leipzig, Dresden, Berlin);
- überwiegend von der Textil- und Leichtindustrie sowie dem Maschinen- und Fahrzeugbau und der Lebensmittelindustrie bestimmte Dichtgebiete (z. B. Oberlausitz, Vogtland, Thüringer Wald).

Daneben traten auch lokale Agglomerationen außerhalb der regionalen Verdichtungen auf (Groß- und Mittelstädte mit ihren Umländern, z. B. Erfurt, Jena, Magdeburg; Industriegassen, z. B. Finowtal, Teile der Niederlausitz).

Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges wurde der historisch gewachsene Wirtschaftsorganismus Deutschland durch die Siegermächte in vier Besatzungszonen geteilt und beträchtliche Landesteile (über 100 T km²) wurden dem polnischen bzw. sowjetischen Staatsterritorium zugeordnet.

Bedingt durch das Besatzungsrecht gerieten die Teile Deutschlands in die Macht- und Einflußsphäre der entsprechenden Siegermacht; dies bedeutete auch die Übernahme der Wirtschaftsdoktrin. Gekoppelt mit den Auswirkungen des "kalten Krieges", der Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre in Europa einsetzte, wurden die nun neuen Wirtschaftseinheiten Ost- (DDR) bzw. West- (BRD) Deutschland entwickelt.

Die Regionalstruktur des neuen Ostens Deutschlands wies starke Kriegszerstörungen (über 50 % der Industriesubstanz) und viele Disproportionen auf. So waren bestimmte Branchen (z. B. Metallurgie, Schwermaschinenbau, Elektroenergieerzeugung u. a.) gar nicht oder unterproportioniert vertreten (z. B. 1,6 % der Roheisen- und 7,7 % der Rohstahlproduktion der deutschen Erzeugung von 1936). Negativ wirkten sich weiterhin die Industriedemontagen als Reparationszahlungen an die Sowjetunion und die Durchschneidung der über Jahrzehnte gewachsenen Zulieferbeziehungen aus dem westlichen Teil Deutschlands aus. Insbesondere die extrem starke Unterrepräsentanz von wichtigen Zweigen der Grundstoffindustrie in der DDR machten unter den genannten politischen Rahmenbedingungen die Industrie sehr stör anfällig.

Aus den aufgezeigten Problemerkissen resultierte die Notwendigkeit, nach einer Wiederaufbauphase zerstörter Substanz eine extensive Erweiterung der industriellen Basis vorzunehmen. Dabei galt es, den industriellen Produktionszyklus so zu gestalten, daß er sich weitestgehend im eigenen Land vollziehen konnte bzw. auf der Basis solcher außenwirtschaftlicher Verflechtungsbeziehungen beruhte, die den Verantwortlichen auf DDR- und sowjetischer Seite stabil erschienen. Der Ausbau der Industrie erfolgte entweder an traditionellen Standorten (z. B. Ausbau der chemischen Industrie im Ballungsgebiet Halle-Leipzig: Leuna II, Buna II) oder durch Lokalisation von Industrie in bis dahin wenig oder gar nicht industrialisierten Räumen (Agrargebiet im Norden: Industrieansiedlung in Bezirks- und Kreisstädten, z. B. Rostock, Neubrandenburg, Güstrow; Entwicklung neuer Industriegebiete auf der Basis einheimischer oder importierter Rohstoffe: Braunkohleabbau und -verarbeitung in der Niederlausitz, Entwicklung der Textilindustrie auf der Basis importierter Baumwolle im Eichsfeld, Bau des Eisenhüttenkombinats in Eisenhüttenstadt sowie des Petrolchemischen Kombinats in Schwedt auf der Grundlage von Importen aus der Sowjetunion und aus Polen). Damit einher ging eine Umorientierung der Außenbeziehungen auf den RGW-Markt (Aufbau fernräumlicher Wirtschaftsbeziehungen).

Im Ergebnis dieser vor allem extensiven Entwicklung der industriellen Basis der DDR, die Anfang der siebziger Jahre weitestgehend abgeschlossen war, kam es zu einer Überprägung der historisch gewachsenen Industriestruktur:

- Ausbau und damit Komplettierung und Verdichtung vorhandener Agglomerationen,
- Entwicklung neuer Industriegebiete mit überwiegend industrieller Monostruktur.

Die Entwicklung der Industriestruktur der letzten 20 Jahre in der DDR war gekennzeichnet durch verschiedene, zeitlich häufig parallel verlaufende Prozesse, die sehr differenzierte Auswirkungen sowohl auf die Struktur der Industrie als auch auf die Arbeitskräftestruktur und den Zustand der baulichen Anlagen und der technischen/technologischen Ausrüstung hatten. Exemplarisch soll dies an einigen Beispielen aufgezeigt werden.

Anfang der siebziger Jahre veränderte sich die organisatorische Struktur der Industrie durch die Bildung zentralgeleiteter Kombinate. Diese wurden von einem Generaldirektor geleitet, der direkt dem jeweiligen Industrieminister der Zentralregierung unterstand.¹⁾ Die Kombinate entstanden durch Zusammenschluß von Betrieben, die entweder ein ähnliches Produktionsprofil besaßen oder die zu einer Verkettung (aufeinander aufbauende Produktionen, Zulieferer) gehörten, häufig unabhängig von ihrer territorialen Lage. Ziel war dabei die Schaffung größerer Wirtschaftseinheiten, basierend auf der zunehmenden territorialen Arbeitsteilung (als Vorbild dienten, wenn auch nicht offiziell zugegeben, die Konzerne der Länder der Marktwirtschaft). Die Betriebe blieben bei dem Zusammenschluß zu Kombinat juristisch und ökonomisch selbständig. Parallel zu diesem Prozeß erfolgte 1972 die Enteignung der letzten privaten und halbstaatlichen Klein- und Mittelbetriebe.²⁾ Diese produzierenden Einheiten

1) Ab Anfang der achtziger Jahre wurden auch örtlichgeleitete Kombinate gegründet, in denen vor allem Betriebe der Konsumgüterindustrie zusammengeschlossen wurden. Diese Kombinate unterstanden direkt dem Wirtschaftsrat des jeweiligen Rates des Bezirkes.

2) Davor lagen bereits Enteignungsphasen 1945 bis 1948 (Bildung von volkseigenen Betrieben) und in den fünfziger Jahren.

wurden als juristisch und ökonomisch nichtselbständige Produktionsstätten den Kombinatbetrieben angegliedert. Dies führte insgesamt zu einem Rückgang der Industriebetriebe in der DDR.

Tabelle 1: Industriebetriebe in der DDR
(Hasenpflug/Kowalke, 1990)

Jahr	Industriebetriebe
1950	23 592
1961	15 533
1971	11 253
1976	7 254
1981	4 332
1987	3 428

Dieser betriebliche Zentralisationsprozeß, der zu einem deutlichen Rückgang der Betriebe führte, wirkte sich auf die Anzahl der Arbeits- und Produktionsstätten nur gering aus (1970: 38 000, 1982: 36 000).

Diese aufgezeigte Entwicklung hatte Folgen für die Arbeitskräfte, für die Kommunen und die Region sowie für die produzierenden Einheiten selbst:

- Das Investitionsgeschehen konzentrierte sich ausschließlich auf die Kombinatstamm- und Kombinatbetriebe. Damit kam es zu einer Verschlechterung des Bauzustandes der Gebäude sowie zu einem hohen physischen und moralischen Verschleißgrad der Ausrüstungen in den Produktionsstätten und zu einer überdurchschnittlichen Umweltbelastung in den Kommunen bzw. in der Region.
- Leitungsfunktionen sowie die Forschung und Entwicklung konzentrierten sich in den Kombinatstamm- und Kombinatbetrieben. Dies führte zu einem Verlust an hochqualifizierten Arbeitsplätzen in den Produktionsstätten (soziale Degradierung).
- Die Abrechnung der Produktion auch der Produktionsstätten erfolgte ausschließlich an den Standorten der Betriebe und nur dort konnten Fonds gebildet werden, mit denen Aktivitäten im Territorium ausgelöst werden konnten. Dies bedeutet, daß in Gebieten mit einem geringen Anteil an Betrieben und einer hohen Produktionsstättenzahl es zu einem hohen Fondsabfluß kommt.

Die Ausgestaltung der Industriestruktur im Osten Deutschlands war des weiteren gekennzeichnet durch eine ungleichmäßige und ungleichgewichtige Entwicklung der Branchen. Dabei wechselte - meist kampagneartig - die Bedeutung der Branchen in den 40 Jahren. Waren es anfangs die Metallurgie, der Schwermaschinenbau, die chemische Industrie (Petrolchemie), die Braunkohleförderung und -verarbeitung (einschließlich Elektroenergieerzeugung), so war es in den letzten zehn Jahren vor allem die Elektrotechnik/Elektronik. Bei dem insgesamt sehr geringen Investitionsvolumen der Industrie (der Akkumulationsfonds sank zugunsten der Konsumtion auf unter 20 %), bewirkte diese einseitige Bevorzugung bestimmter Branchen gleichzeitig eine Zurückstellung und damit eine Stagnation bzw. einen Rückgang anderer Bereiche. Bedingt durch die bereits vorhandene Überalterung der Grundfonds in den Branchen Textil- und Leichtindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Lebensmittelindustrie sowie zum Teil chemische Industrie bedeutete die fehlende Investitionsmöglichkeit einen vorauszusehenden Niedergang dieser Industriebereiche.

Diese Vernachlässigung einerseits der juristisch unselbständigen "verlängerten Werkbänke" (Produktionsstätten) und andererseits ganzer Branchen brachte Probleme für ganze Regionen im Osten Deutschlands. Dabei handelt es sich vor allem um traditionelle altindustrialisierte Gebiete mit einer Konzentration der genannten Branchen (Oberlausitz, Vogtland). Demgegenüber stehen Regionen, die durch die Industriepolitik der SED-Regierung in den letzten zehn Jahren deutliche Entwicklungsimpulse erhielten (Aufbauschwerpunkte der Elektrotechnik/Elektronik, wie Großraum Erfurt, Gera, Jena, Hauptstadt Berlin).

Vergleicht man das Bild der Standortverteilung der Industrie in der DDR (1989) mit der Ausgangssituation nach dem zweiten Weltkrieg, so muß man feststellen, daß der grundlegende Unterschied im Industrialisierungsgrad, bestehend aus einem Süd-Nord-Gefälle, nicht überwunden werden konnte. Dennoch konnte in vier Jahrzehnten sozialistischer Struktur- und Standortpolitik durch Industrieansiedlungen im Norden und Osten dieses Gefälle reduziert werden.

Auswirkungen dieser differenzierten Entwicklungspolitik sind nicht nur im Industriesektor, sondern auch in der Infrastruktur, in der Landwirtschaft und letztlich auch in der Stabilität der Einwohnerzahl spürbar.

Potential und Verteilungsmuster der Industrie

Im Ergebnis der aufgezeigten Industrialisierungsetappen entstand das eingangs erwähnte Mosaik der wirtschafts- (hier vor allem industrie-)räumlichen Gliederung Ostdeutschlands (vgl. Karte 1).

Die Industrie gliederte sich nach der amtlichen Statistik der DDR in zehn Industriebereiche und diese wiederum in 68 Industriezweige auf. Problematisch für den Vergleich ist dabei die Tatsache, daß diese Strukturierung weder mit der UNO- noch mit der Statistik der Bundesrepublik vergleichbar ist.

Tabelle 2: Industriestruktur der DDR 1988
(Ausgewählte Kennziffern) (%)

Industriebereich	Betriebe	Arbeitskräfte	Anteil IP _w ¹⁾
10 Energie- und Brennstoffindustrie	1,5	7,1	7,3
11 Chemische Industrie	6,9	10,3	20,0
12 Metallurgie	1,3	4,2	9,0
13 Baumaterialienindustrie	3,9	2,9	2,0
14 Wasserwirtschaft	0,5	0,8	0,6
15 Maschinen- und Fahrzeugbau	33,9	29,9	20,5
16 Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau	8,7	14,3	9,0
17 Leichtindustrie	21,5	15,2	10,2
18 Textilindustrie	4,9	6,7	6,1
19 Lebensmittelindustrie	16,9	8,5	15,2
Summe	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnung auf der Basis des Statistischen Jahrbuchs der DDR, 1989, S. 139

1) IPW Industrielle Warenproduktion

Dabei zeigt die Industriestruktur sowohl innerhalb als auch zwischen den fünf neuen Ländern eine deutliche Differenzierung.

Tabelle 3: Industrielle Warenproduktion der fünf Bundesländer Ostdeutschlands 1988 (in %) 1)

IB ²⁾	Land					
	Mecklenburg/ Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin/O.
10	6,3	44,5	14,6	5,8	22,7	6,1
11	2,9	22,6	46,8	8,4	15,6	3,7
12	0,2	37,5	26,9	6,8	25,9	2,8
13	7,0	13,8	33,0	15,8	30,4	0,0
14	12,0	14,6	16,5	15,3	29,8	11,9
15	9,3	11,3	20,9	15,3	39,4	3,9
16	3,0	9,4	8,5	28,9	33,0	17,2
17	6,9	12,2	10,8	22,5	38,8	8,8
18	1,1	4,9	0,1	18,6	75,2	0,1
19	21,7	15,5	20,6	14,5	23,9	3,8
Σ	7,7	18,9	22,5	14,6	30,9	5,6

Quelle: Berechnungen auf der Basis des Statistischen Jahrbuchs der DDR, 1989, S. 65

1) Die Angaben in der Tabelle 3 beruhen auf der Methodik der amtlichen Statistik der DDR, d. h. die industrielle Warenproduktion wurde nicht am Standort der Produktion, sondern am Standort des Betriebes abgerechnet. Daraus resultieren gewisse Verzerrungen der Ergebnisse. Die Werte für die Länder der ehemaligen DDR wurden durch Addition der Bezirkswerte ermittelt. Da nicht in allen Fällen alle Kreise eines Bezirkes in ein Land aufgenommen wurden, sind auch hier Abweichungen zu erwarten. Da keine neuen Werte vorliegen, ist der Genauigkeitswert der Daten für die in diesem Beitrag zu treffenden Aussagen ausreichend.

2) Industriebereiche vergleiche Tabelle 2.

Tabelle 4: Industrielle Bedeutung der fünf Bundesländer Ostdeutschlands 1988 (Anteile in %)

Land 1)	Industrie- betriebe	Industrie- beschäftigte	Bevölke- rung
Mecklenburg/ Vorpommern	9,0	7,1	12,8
Brandenburg	12,7	13,6	16,3
Sachsen-Anhalt	17,7	19,1	18,2
Thüringen	18,3	17,8	15,2
Sachsen	38,2	36,3	29,9
Berlin/O.	4,0	6,0	7,6
DDR	100,0	100,0	100,0

Quellen: Berechnungen auf der Basis der "Ergebnisse der Erfassung der Arbeitsstätten der Betriebe des Wirtschaftsbereichs Industrie vom 31. 12. 1987" (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR)
Statistisches Jahrbuch der DDR, 1989

Die Daten in den Tabellen 3 und 4 zeigen das eingangs erwähnte Süd-Nord-Gefälle der Industrialisierung und damit der Konzentration. Deutlich wird die besondere Stellung des im Süden gelegenen Landes Sachsen als industrielles Zentrum im Osten Deutschlands.

Strukturelle Probleme beim Übergang in die soziale Marktwirtschaft

Betrachtet man den Zeitraum der Existenz der DDR, so ist feststellbar, daß sich innerhalb des Betrachtungszeitraumes die Anzahl der produzierenden Einheiten nur unwesentlich reduziert hat. Das bedeutet, daß das nach dem zweiten Weltkrieg vorhandene industrielle Standortmuster, abgesehen von den industriellen Neulokalisationen der fünfziger und sechziger Jahre, bestehen blieb. Demgegenüber fand ein sehr starker unternehmerischer Konzentrationsprozeß statt, der bis in die sechziger Jahre meist im Zusammenhang mit der Verstaatlichung privater,

1) Vgl. Fußnote 1 der Tabelle 3.

1972 vorrangig mit der Verstaatlichung halbstaatlicher Betriebe stand und danach ausschließlich durch Fusionierung kleinerer staatlicher Unternehmen zu Großunternehmen erfolgte. Ein Vergleich der Unternehmensentwicklung im Industriesektor zwischen der BRD und der DDR (vgl. Abbildung 1) verdeutlicht diesen extremen unternehmerischen Konzentrationsprozeß. Waren 1962 in beiden deutschen Staaten noch annähernd gleiche industrielle Unternehmensgrößen gegeben (BRD: 185 Beschäftigte/Unternehmen; DDR: 183 Beschäftigte/Unternehmen), so veränderte sich das bis in die jüngste Vergangenheit deutlich. Der unternehmerische Konzentrationsprozeß führte dazu, daß 1987 die durchschnittliche industrielle Unternehmensgröße in der DDR mit 946 Beschäftigten¹⁾ fast die fünffache Größe eines BRD-Unternehmens (194 Beschäftigte²⁾) erreichten. In der DDR diente der staatlich initiierte Fusionierungsprozeß dem Ziel, auf Staatsebene nach dem Erzeugnisprinzip gegliederte spezialisierte Großunternehmen zu schaffen. Sie waren im Regelfall für das jeweilige Erzeugnis-sortiment der marktbeherrschende Betrieb bzw. zum Teil sogar Alleinhersteller auf dem DDR-Binnenmarkt, hatten also den Charakter von Monopolunternehmen. Der Fusionierungsgedanke war vorrangig von der Leitidee der "Tonnenideologie" getragen, d. h. von der Strategie der horizontalen Erweiterung, um damit das Produktionsvolumen zu vergrößern, nicht aber das Produktions-sortiment zu verifizieren. Da die Firmen keinen direkten Zugang zum internationalen Markt besaßen, sondern nur gebrochen über den staatlichen Außenhandel vorrangig (am meist subventionierten) innerdeutschen Handel teilnehmen, fehlten auch hier echte Wettbewerbsbedingungen.

Welche Problemfelder ergeben sich daraus?

Spätestens mit dem Eintritt der DDR in die Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD haben besonders all die Branchen, die auf den vorrangig subventionierten innerdeutschen und westeuropäischen Markt orientiert waren (chemische Industrie, Leichtindu-

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1988

2) Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1988

strie, Textil- sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrie), große Absatzschwierigkeiten. Für sie fehlt nunmehr der Staat, der diese Subventionierung vornimmt bzw. andere Schutzfunktionen sichert, so daß vielfältige Betriebsschließungen auf der Tagesordnung stehen.

Unternehmensfusionierungen waren immer verbunden mit einem Funktionsverlust für das fusionierte Unternehmen.

Geht man davon aus, daß jedes Unternehmen - unabhängig von der Größe - im Inneren bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat, so bietet das Industrieunternehmen nicht nur Arbeitsplätze für den Produktionsarbeiter, sondern ebenso für den Manager und den Kaufmann. Durch die Fusionierung wurde aus den kleineren Unternehmen eine Produktionsstätte des großen Unternehmens. Das führt dazu, daß viele Funktionen des ehemaligen kleineren Unternehmens an das Großunternehmen, den Unternehmenssitz, abgegeben wurde. In der Produktionsstätte blieb nur die Produktionsdurchführung bestehen. Oft existierte nur noch am Unternehmenssitz eine voll ausgebildete Unternehmensstruktur. Besonders nachteilig wirkten sich für die nunmehrigen Produktionsstätten die Aufgabe von Führungsfunktionen und der Verlust der Produktionsvorbereitung sowie von Beschaffung und Absatz aus. Dadurch konnte die nunmehrige Produktionsstätte nicht mehr aus eigener Kraft Produktinnovationen erzeugen, sie verlor den direkten Kontakt zum Markt und wurde damit zu einer verlängerten Werkbank bzw. zu einem Lohnarbeiter des Großunternehmens degradiert. Häufig gab die-se Produktionsstätte ihr bisheriges Produktsortiment auf und übernahm einzelne technologische Arbeitsgänge im Rahmen des Fertigungsprogramms des Großunternehmens. Diese Erscheinung nahm einen großen Umfang an, so war in der Textilindustrie nur noch jede 14. Produktionsstätte und in der Konfektionsindustrie jede 8. Produktionsstätte Unternehmenssitz. Das führte dazu, daß für ganze Gebiete nachteilige Folgen entstanden. Ein Problem, was dabei auftrat, ist die Tatsache, daß die Anzahl von Persönlichkeiten, die sich als Unternehmer profilieren konnten, und sei es nur unter den Bedingungen einer zentralistischen Kommandowirtschaft, extrem gering war. Somit fehlt es heute bei der Wiederbelebung der mittelständischen Industrie an Persön-

lichkeiten, die über diesbezügliche Führungserfahrungen verfügen.

Der nunmehr einsetzende Reprivatisierungsprozeß erlaubt es allen ehemaligen Eignern, ihr ehemaliges Unternehmen, jetzt eine Produktionsstätte, zurückzukaufen. Kaum eine der zurückgekauften Produktionsstätten entwickelt sich wieder zum Industrieunternehmen, da die mit der Fusionierung eingetretenen Deformationen einen solchen Schritt als sehr gewagt erscheinen lassen. Sie werden häufig für Verkaufsniederlassungen und Lager von Unternehmen aus dem "Alt"-Bundesgebiet genutzt. So gehen der Gemeinde Arbeitsplätze und Gewerbesteuern verloren. Investitionshilfen, aber auch Unternehmensbetreuung von etablierten Firmen mit langjähriger Erfahrung in der Marktwirtschaft sind sicher notwendige Schritte, um diesen lähmenden Zustand zu überwinden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Hasenpflug, H.; Kowalke, H.:
Analyse und Bewertung territorialer Reproduktionsbedingungen in den Dichtegebieten der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Industrie
Dresden, 1990 (Habil.-schrift, Pädagogische Hochschule Dresden)
- Ergebnisse der Erfassung der Arbeitsstätten der Betriebe des Wirtschaftsbereichs Industrie vom 31. 12. 1987 (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR)
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. - Berlin 1989
- Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland. - Wiesbaden 1989
- Thalheim, K. C.:
Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland. Tatsachen und Zahlen. - Berlin 1981
- Richter, D.:
Phasen der industrieräumlichen Entwicklung in der DDR als Ergebnis der Wirtschaftspolitik seit 1945.
In: Deutsche Demokratische Republik. Raumbezogene Prozesse und Strukturveränderungen. - Trier 1987. - S. 59 - 88
(= Materialien zur Didaktik der Geographie Heft 10)
- Schmidt-Renner, G. (Hrsg.):
Wirtschaftsterritorium Deutsche Demokratische Republik. Ökonomisch-geographische Einführung und Übersicht. - Berlin 1962
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. - Berlin 1974

